

# MV vom 20. April 2023

## Grünliberale Partei Winterthur

### Parolenfassung

### Initiative «Ein Lohn zum Leben»,

Annetta Steiner, Parlamentarierin Kommission Soziales und Sicherheit

grünliberale

#### Mindestlöhne in der Schweiz

- Grenzkantone Neuenburg (20.77 ohne GAV-Berufe), Jura (20.60), Tessin (19.00-23.00), Genf (24.00 ohne GAV-Berufe) und Basel Stadt (21.00)
- In Kloten Initiative knapp abgelehnt, in Zürich (23.90) steht die Abstimmung noch aus.



grünliberale

## Lokaler Mindestlohn

Stadt Winterthur



- 10.11.2020 Einreichung Initiative «Ein Lohn zum Leben», Mindestlohn CHF 23.00
- 02.03.2022 Gegenvorschlag des Stadtrates, Mindestlohn CHF 21.60
- 06.03.2023 Ablehnung sowohl der Initiative wie auch des Gegenvorschlags durch das Parlament
- Am 18.06.2023 kommt nur die Initiative zur Abstimmung, der Gegenvorschlag wurde abgelehnt und kann nicht mehr zur Abstimmung kommen

grünliberale

## Hintergrundinformationen

Stadt Winterthur



- Evidenz: In Winterthur geht man davon aus, dass rund 3600 Personen weniger als CHF 23.-/Stunde und 2660 Personen (3.6%) weniger als CHF 22.- verdienen
- 41% der Arbeitnehmenden in Winterthur wohnen auch in Winterthur

grünliberale

## Argumente

- Kaum jemand hier drinnen bestreitet, dass es erstrebenswert ist, dass jede Person, mit einer Vollzeitstelle grundsätzlich ihren Lebensunterhalt selber meistern kann.
- Die vorgeschlagene Einführung eines Mindestlohnes ist hierfür aus Sicht der Grünliberalen Fraktion jedoch der falsche Ansatz.



grünliberale

## Argumente nein

- Das Bundesgericht (betr. Kanton Neuenburg) hat nur wenige Positionen zur Berechnung des Mindestlohns zugelassen: allgemeiner Lebensbedarf gemäss Ergänzungsleistungen, Mietzinsrichtwert, Krankenkassenprämien und Sozialversicherungsleistungen (AHV, IV, EO, ALV, NBU, PK). Dies wäre für Winterthur CHF 21.60



grünliberale

## Argumente weshalb nein

- Untergräbt Sozialpartnerschaft, welche sich seit Jahrzehnten in der Schweiz bewährt hat.
- macht eine Berufsausbildung unattraktiv, da Ungelernte in eine ähnliche Lohnstufe kommen wie Mitarbeitende mit einer Berufslehre
- Das Lohngefüge der Winterthurer Firmen gerät durcheinander und der Wert einer Berufsausbildung wird geschwächt. Ungelernte Hilfskräfte erhalten denselben Lohn wie Mitarbeitende mit anerkanntem Berufsabschluss



grünliberale

## Argumente weshalb nein

- 1/3 der Beschäftigten unter dem Minimallohn sind junge Personen, oft tätig in Studentenjobs und Teilzeit
- Nur ein kleiner Teil der Menschen, die weniger als CHF 23.- pro Stunde verdienen, leben in armen Haushalten. Die allermeisten leben in gemeinsamen Haushalten mit teilweise gutverdienenden Angehörigen.
- Niederschwellige Einstiegsmöglichkeiten in die Arbeitswelt durch einen relativ hohen Mindestlohn würden schwinden, z.B. Geflüchtete  
Dies könnte für die Stadt Winterthur zum Boomerang werden



grünliberale

## Argumente nein

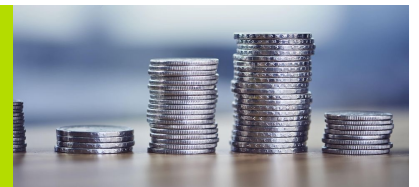
- Mindestlöhne wirken in Bezug auf die Armutsbekämpfung wenig zielgerichtet, nur wenige Armutsbetroffene in Winterthur würden effektiv profitieren. Armutsbetroffen sind v.a. Familien und da hilft der Mindestlohn wenig.
- Der Stundenlohn ist nur kleiner Teil der Ursachen für Armut.  
Ursache für Armut:  
keine/zu wenig Arbeit (viele Frauen sind betroffen, weil sie oft alleinerziehend sind), Bildung (37% der working poor verfügen über keine abgeschlossene Ausbildung) Integration von AusländerInnen (53% der working poor sind AusländerInnen).



grünliberale

## Argumente nein

- Sonderlösung für Winterthur
- Der Aufwand ist nicht zu unterschätzen, einerseits für Firmen, aber auch für die Verwaltung. Das gleiche Geld wäre in Weiterbildungen besser investiert
- Fazit:  
All diese Argumente sowie die grundsätzliche liberale Haltung der Grünliberalen, dass der Staat und die Politik sich nicht in die Personal- und Lohnpolitik von Unternehmen eingreifen sollen, bewogen die Fraktion, sowohl Initiative wie auch Gegenvorschlag abzulehnen.



grünliberale